



## Betriebsrentner werden um 1,2 Milliarden Euro entlastet

### Kassenbeiträge zur Betriebsrente sinken

Am heutigen Donnerstag wird der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Einführung eines Freibetrages in der gesetzlichen Krankenversicherung zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge“ abschließend beraten.

Dabei werden 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner um mindestens die Hälfte ihrer Beiträge entlastet. Die übrigen werden um rund 300 Euro pro Jahr entlastet. Dies wird durch die Einführung eines Freibetrages in Höhe von rund 160 Euro ab dem 1. Januar 2020 erreicht. Dieser Freibetrag kommt allen Betriebsrentnern zu Gute, anders als eine Freigrenze, die immer zu Ungerechtigkeiten für die führt, deren Renteneinnahmen knapp über der Grenze liegen.

Mit dem Gesetz steigert der Bundestag zudem die Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung und stärkt damit die wertvolle zusätzliche Altersvorsorge. Der Gesetzesbeschluss zeigt zudem, dass die große Koalition auch Projekte erfolgreich abschließen kann, die nicht im Koalitionsvertrag stehen.

Die Entlastung wird auch von Carsten Linnemann MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, begrüßt: „Zumindest haben wir endlich eine Entlastung erreicht. Auch wenn ich jeden Betroffenen verstehen kann, der sich mehr gewünscht hätte - es war schwer, überhaupt eine Lösung herbeizuführen. Das zeigt allein die Tatsache, dass wir in der Tat über sehr viele Jahre darüber diskutiert haben. Außerdem gab es dazu keine Vereinbarung im Koalitionsvertrag. Insofern ist der gefundene Kompromiss schon ein Erfolg. Und so klein ist die Lösung gar nicht: Für fast zwei Drittel aller Betriebsrentner wirkt der Freibetrag wie eine Halbierung der Beitragslast. Und es wird jeder entlastet, der heute Beiträge zahlt.“

Durch das sogenannte GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz werden die Betriebsrentnerinnen und -rentner in Höhe von 1,2 Milliarden Euro von Krankenversicherungsbeiträgen auf ihre Betriebsrenten entlastet. Diese Entlastung wird im Jahr 2020 vollständig aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds ausgeglichen. Im Jahr 2021 werden 900 Millionen Euro aus der Liquiditätsreserve finanziert, im Jahr 2022 werden es 600 Millionen Euro sein, und im Jahr 2023 werden 300 Millionen Euro aus der Liquiditätsreserve finanziert. Dies ist ein ausgewogener Kompromiss, der die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung im Blick behält.

Dass die Akzeptanz des Drei-Säulen-Modells weiter erhöht werden muss, macht Carsten Linnemann deutlich: „Die nächste Baustelle heißt Riester. Die Neuabschlüsse sind hier in den vergangenen Jahren fast zum Erliegen gekommen. Hier müssen wir dringend vereinfachen und entbürokratisieren. Wir brauchen ein Standard-Produkt, das jeder versteht und auf das sich im Zweifel jeder verlassen kann. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart und ich erwarte, dass der Finanzminister dazu bald Vorschläge vorlegt.“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



auch nach der Wahl der neuen Vorsitzenden der SPD stehen wir zu dem gemeinsam beschlossenen Koalitionsvertrag. Politische Geschenke

können wir dem Vorsitzenden-Duo aber nicht machen. Nachdem CDU und CSU im letzten Jahr neue Parteivorsitzende gewählt haben, haben wir schließlich auch keine Neuverhandlungen der Koalition gefordert.

Die Signale, die die SPD dazu auf ihrem Bundesparteitag gesendet hat, sind allerdings sehr unterschiedlich. Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, sich ständig mit den Fragen der Vergangenheit zu beschäftigen, so wie es die SPD gerade wieder einmal macht. Die Union steht in diesem Zusammenhang zu dem Prinzip des Förderns und Forderns bei den Leistungen von Hartz IV. Auch diese Arbeitsmarktreform hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass wir derzeit die niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung haben. Zu diesem Erfolg sollte sich auch die SPD endlich offen und ehrlich bekennen.

Das erneute Infragestellen der gut funktionierenden Schuldenbremse durch die neuen SPD-Vorsitzenden würde die jungen Generationen treffen und über Gebühr belasten. Wir haben vor wenigen Wochen mit dem Rekordhaushalt für 2020 ohne neue Schulden im Bundestag demonstriert, dass wir im Sinne einer generationengerechten Politik nicht über unsere Verhältnisse leben wollen. Wir wollen zudem keine endlosen Debattenrunden mit der SPD, sondern eine sofortige Fortsetzung der sachlichen Regierungsarbeit. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon

## Europa setzt Ausrufezeichen beim Klimaschutz

Zum „European Green Deal“, der gestern von der EU-Kommission vorgestellt wurde, kommentiert die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött MdB:

„Mit dem European Green Deal liegt uns nun ein Fahrplan für die nächsten Schritte in der europäischen Klimapolitik vor. Das ist mit Bezug auf die derzeit laufende UN-Klimakonferenz in Madrid ein wichtiges Signal. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, der alle Sektoren miteinbezieht, aber ebenso die sozialen und ökonomischen Folgen aller Klimaschutzmaßnahmen im Blick behält.

Wir brauchen weniger Debatten um neue Ziele, sondern darum wie Europa das schaffen kann. Die Union setzt hierbei auf technologischen Fortschritt und einen möglichst umfassenden europäischen Emissionshandel.“

## Pariser Vereinbarungen rasch umsetzen

Zum Ukraine-Gipfel im Normandie-Format äußerte sich der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB, mit folgenden Worten:

„Die Ergebnisse des Normandie-Gipfels von Paris können als Durchbruch im Konflikt zwischen Moskau und Kiew um die Ostukraine betrachtet werden. Denn werden die Vereinbarungen eins zu eins umgesetzt, kommen wir einem Ende der Kampfhandlungen und einer friedlichen Lösung einen großen Schritt näher. Die Vermittlung der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten haben maßgeblich zu diesem Fortschritt beigetragen. Die Kompromissbereitschaft gefördert hat möglicherweise auch die Tatsache, dass der russische Präsident Putin die Unterstützung im eigenen Lande für die kostspielige Einmischung in der Ostukraine schwinden spürt.

Jetzt kommt es darauf an, den Gefangenen austausch, den Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen und den Zugang zur ukrainisch-russischen Grenze für internationale Beobachter rasch umzusetzen. Damit würden wesentliche Teile des Minsk-II-Abkommens verwirklicht. Es ist gut, dass ein weiterer Gipfel in naher Zukunft fest vereinbart ist. Bis dahin müssen alle liefern.“

## Tabakwerbung wird stark eingeschränkt

Unionsfraktion: Gesundheits- und Jugendschutz vor Erlös

Die Unionsfraktion will Tabakwerbung weitgehend verbieten. In ihrer Fraktionsitzung verabschiedeten die Abgeordneten von CDU und CSU ein Positionspapier, das dem Gesundheits- und Jugendschutz Vorrang gibt vor kommerziellen Erwägungen. Auch die Werbung für Tabakerhitzer und E-Zigaretten soll in der Folge stark eingeschränkt werden.

Das Tabakwerbeverbot soll nach dem Willen der Unionsfraktion ab Januar 2021 gelten. Und zwar für folgende Bereiche:

- Keine Zigarettenwerbung vor Kinofilmen, die für Jugendliche unter 18 freigegeben sind.
- Außerhalb des Fachhandels dürfen zudem keine Tabakprodukte mehr verschenkt werden.
- Ab Januar 2022 keine Tabakwerbung auf Außenflächen wie Litfasssäulen oder Bushaltestellen.
- Werbeverbot Tabakerhitzer auf Außenflächen ab Januar 2023 und für E-Zigaretten ab Januar 2024.

Mit dem Verbot der Tabakwerbung würde Deutschland das Rahmenabkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eins zu eins umsetzen, welches der Bundestag Ende 2003 verabschiedet hat. Inzwischen haben alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union dieses Verbot in Kraft gesetzt. In dem Positionspapier stellt die Unionsfraktion klar, dass CDU und CSU keine Verbotsparteien seien. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass Verbote und Einschränkungen dann möglich seien, wenn es um den Schutz der Gesundheit oder der Jugend gehe. „Schon der Konsum einer einzigen Zigarette ist schädlich“, heißt es in dem Papier. Kein anderes Produkt sei „bei bestimmungsmäßigem Gebrauch gleichermaßen gefährlich“.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 20/2019,  
12. Dezember 2019

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck